

90. Jahrestag der mitteldeutschen Kämpfe im März 1921

Die wirtschaftliche Situation Anfang der zwanziger Jahre verschärfte die Lage und die Unzufriedenheit vor allem der Industriearbeiter in der Weimarer Republik. Unter der Inflation mit täglicher Geldentwertung litt besonders die Arbeiterklasse.

Die Vereinigte Kommunistische Partei Deutschlands (VKPD) wurde bei den Wahlen zum preußischen Landtag am 20. Februar 1921 im Wahlkreis Halle-Merseburg mit fast 30 % der Stimmen stärkste Partei. Im Mansfelder Gebiet hatte die VKPD sogar über 40 % der Stimmen erhalten. Allein im Bereich Halle-Merseburg zählte die VKPD 67.000 Mitglieder.

Auch nach dem Kapp-Putsch vom März 1920 kam es im mitteldeutschen Industriegebiet zu ständigen Streiks.

Die herrschende sozialdemokratische Regierung und die Konzerne befürchteten den immer größer werdenden Einfluß der Kommunisten im Landtag und eine kommunistische Machtübernahme in dieser wichtigen Industrieregion.

Die Konterrevolution wollte die Stärke der VKPD beseitigen, um die Unternehmeroffensive in ganz Deutschland voranzutreiben. Die Provokation im mitteldeutschen Raum war seit längerem geplant. So wurde bereits im Februar 1921 in Absprache zwischen den Direktionen des Leunawerkes, des Mansfelder Kupferschieferbergbaus, der Braunkohlenkonzerne und der preußischen SPD-Regierung diese Provokation vorbereitet.

Die Durchführung übernahmen der preußische Innenminister Carl Severing (SPD) und der Oberpräsident der Provinz Sachsen Otto Hörsing (SPD).

Die Absicht bestand darin, durch den Einmarsch starker Polizeiverbände die Arbeiter zum bewaffneten Kampf zu zwingen, sie isoliert von der Arbeiterklasse blutig nieder zu schlagen, zu entwaffnen und den starken Einfluß der VKPD zu brechen. Die Entwaffnung der Arbeiterklasse war nach dem Kapp-Putsch nur teilweise gelungen.

Am 19. März begann der Einmarsch bewaffneter Polizeieinheiten in die mitteldeutschen Industrieorte. Der Einmarsch wurde von dem Oberpräsidenten Otto Hörsing begründet, weitere Feld- und Fabrikdiebstähle zu verhindern. Diese fadenscheinige Begründung stieß auf die Arbeiterklasse auf heftigen Widerstand. Die Sicherheitspolizei (Sipo) drang in die Betriebe und in die Bergwerke ein. Die Arbeiter mußten unter Polizeiaufsicht arbeiten. Am 21. März 1921 traten die Arbeiter des Mansfelder Reviers in den Streik. Der Aufruf erfolgte durch die Unterbezirksleitung der VKPD, der Gewerkschaft und der Streikleitung in Mansfeld.

Am 23. März kam es in Eisleben nach einer Großkundgebung streikender Bergarbeiter zu Zusammenstößen mit der Polizei. Das war der Beginn der bewaffneten Auseinandersetzungen. In Eisleben wurden von den kämpfenden Arbeitern drei Polizeihundertschaften in ihren Unterküften eingeschlossen, obwohl die Arbeiter nur vier Maschinengewehre und etwa hundert Gewehre hatten.

Seit dem 23. März flammten auch in anderen Orten des Mansfelder Gebietes auf wie in Hettstedt, Sangerhausen, Schraplau, Wimmelburg, Wolferode u.a.

Max Hölz übernahm die militärische Führung. Er unternahm auf eigene Faust bewaffnete Aktionen und wandte sich gegen jeden Versuch, ein einheitliches Vorgehen der Arbeiter zu erreichen.

Auch der von ihm als „Militärische Oberleitung“ unterzeichnete Aufruf an die Bevölkerung von Halle/Saale trug anarchistische Züge: „Nach dem proletarischem Standrecht wird jeder Bürger erschossen, wenn er nicht die Waffen, Autos an die „Militärische Oberleitung“ abgibt. Sollte die Reichswehr und die Sipo in Anmarsch sein, so wird die Stadt angezündet und die Bourgeoisie abgeschlachtet.“ Dieser Aufruf verwirrte die Bevölkerung und trug nicht zur Verbundenheit mit den kämpfenden Arbeitern bei. Max Hölz hatte nicht im Auftrag der Bezirksleitung der VKPD gehandelt.

Am 23. März wurde unter Führung eines gewählten Aktionsausschusses, dem Vertreter der VKPD und der Kommunistischen Arbeiterpartei Deutschlands (KAPD) angehörten, die Leuna-Werke zu einer Festung umgebaut. In einer Tag- und Nachtschicht hatten die Leuna-Arbeiter einen Panzerzug gebaut, der auf der Strecke Leuna-Großkorbetha im Kampf gegen Polizeieinheiten seine

Bewährungsprobe bestand.

Gegen eine Übermacht von etwa 17.000 schwer bewaffneten Polizisten und unter Artillerieeinsatz konnten die kämpfenden Arbeiter mit 2000 Gewehren und 40 Maschinengewehren nicht stand halten. Die Polizeieinheiten gingen gegen die besiegten Arbeiter mit großer Brutalität vor. Etwa 2000 Arbeiter wurden im berüchtigten Silo gefangen gehalten. Viele wurden schwer mißhandelt, ermordet oder standrechtlich erschossen.

Im Verlaufe der Märzkämpfe fielen etwa 145 Arbeiter. Etwa 6000 revolutionäre Arbeiter, Frauen und Jugendliche wurden verhaftet.

Auf Anordnung des Reichspräsidenten Friedrich Ebert (SPD) wurden Sondergerichte gegen Teilnehmer an den Märzkämpfen geschaffen. Rund 4000 Märzkämpfer wurden zu insgesamt 3000 Jahren Zuchthaus- und Gefängnishaft verurteilt.

Am 24. März hatte die Zentrale der VKPD die Arbeiterklasse in ganz Deutschland zum Generalstreik aufgerufen. In Mitteldeutschland wurde außerhalb des Mansfelder Gebietes der Generalstreik nicht geschlossen durchgeführt. Nur in Hamburg, im Ruhrgebiet, in der Lausitz und in Thüringen kam es zu Solidaritätsaktionen.

Die Kämpfe zogen sich bis zum 1. April hin. Am 1. April rief die Zentrale der VKPD auf, den Generalstreik abzubrechen.

Ursachen und Lehren für die Niederlage der Märzkämpfe in Mitteldeutschland

Während der Märzkämpfe befand sich die VKPD in einer schwierigen innerparteilichen Situation. Der Zusammenschluß der KPD mit dem linken Flügel der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei (USPD) erfolgte auf dem Vereinigungsparteitag vom 4. bis 7. Dezember 1920 in Berlin. Zu Vorsitzenden wurde Paul Levi und Ernst Däumig gewählt. In der VKPD trat eine ultralinke Tendenz hervor. Sie wurde besonders von Ruth Fischer und Arkadi Maslow vertreten. Auch die Gefahr des Rechtsopportunismus bestand. Paul Lewi hatte die Politik des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale (EKKI) angegriffen und wurde abgesetzt. Heinrich Brandler wurde Vorsitzender der VKPD.

Mitte März 1921 stellte Heinrich Brandler auf einer Sitzung des Zentralausschusses die „Offensivtheorie“ zur Abstimmung vor. Das Wesen dieser „Theorie“ bestand in der Forderung, daß die Partei unter allen Umständen zu offensiven und bewaffneten Kämpfen übergehen müsse, ohne Berücksichtigung des realen Kräfteverhältnisses der Klassen und ohne Rücksicht auf die Haltung der Arbeiter, die der SPD und der USPD folgten. Der Zentralausschuß billigte diese „Theorie“. Die führenden Linksradikalen um Ruth Fischer sahen jetzt eine Möglichkeit, ihre Linie durchzusetzen.

Damit hatte die VKPD die Politik der Einheitsfront verlassen. Am 7. Januar 1921 hatte die VKPD einen „Offenen Brief“ an die Gewerkschaften, SPD, USPD, Freie Arbeiterunion und die KAPD gerichtet. In dem „Offenen Brief“ wurde vorgeschlagen, gemeinsame Aktionen zur Durchsetzung der dringendsten wirtschaftlichen und politischen Forderungen der Arbeiter durchzuführen. Die „Offensivtheorie“ wirkte sich schädlich in den Märzkämpfen aus. Die „Offensivtheorie“ ermöglichte es den Konzernchefs, den rechten Führern der Sozialdemokratie und auch den Gewerkschaften, die VKPD des Putsches zu bezichtigen. Weiterhin nahm die „Offensivtheorie“ der VKPD bei den Märzkämpfen die taktische Beweglichkeit.

Dazu kamen noch anarchistische Aktionen wie Attentate, die von Kampfgruppen der KAPD verübt wurden. Die Führer der KAPD trugen mit ihren Losungen vom bewaffneten Aufstand und vom „Kampf für die Diktatur des Proletariats“ Verwirrung und Zersetzung in den Reihen der kämpfenden Arbeiter. Die KAPD wurde am 3. April 1920 von ausgeschlossenen Mitgliedern der KPD gegründet. Ihr Hauptziel war die sofortige Beseitigung der bürgerlichen Demokratie und Diktatur des Proletariats, aber nicht nach sowjetischen Vorbild. Die KAPD lehnte den demokratischen Zentralismus, die Teilnahme an Wahlen und die Mitarbeit in Gewerkschaften ab. Nach 1921 verlor sie an Bedeutung und spaltete sich weiter ab.

Die schnelle Beseitigung des Linksradikalismus in der VKPD wurde durch den Verrat von Paul Levi noch erschwert. Nach den Märzkämpfen trat er öffentlich gegen die Partei und die

Kommunistische Internationale auf. Er verkündete, daß die VKPD zum Putsch aufgerufen hat. In Wahrheit hat die Reichsregierung mit dem Einmarsch von schwer bewaffneten Polizeieinheiten die Arbeiter zum Kampf provoziert.

Paul Levi wurde im April 1921 aus der Partei ausgeschlossen.

Auf dem III. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale (22.Juni bis 12.Juli 1921) wurden auch die Märzkämpfe 1921 in Mitteldeutschland ausgewertet:

- . Die Arbeiterklasse hat inden Märzkämpfen heldenmütig eine Niederlage erlitten.
- . Die Konterrevolution hat das Ziel zur Zerschlagung der VKPD nicht erreicht.
- . Die „Offensivtheorie“ wurde verurteilt
- . Die Politik der Einheitsfront oder Aktionseinheit muß verwirklicht werden.
- . Die Parteimitglieder müssen sich in Betrieben,Werkstätten oder in Massenorganisationen wie in Gewerkschaften in Zellen zusammen schließen. Damit soll eine größere Schlagkraft und Beweglichkeit in der Führung des Klassenkampfes und die enge Verbindung mit den proletarischen Massen gewährleistet werden.

Hilfreich waren auch die Aussprachen Lenins mit den Delegierten der VKPD. Auch Lenins Gedanken über die Ursachen und Entstehung des deutschen Linksradikalismus in seinem Werk „Der linke Radikalismus-die Kinderkrankheit des Kommunismus“ waren lehrreich.

Der 2. Parteitag der VKPD vom 22. bis 26.August 1921 in Jena hat die Beschlüsse des III.Weltkongresses umgesetzt:

- Durchsetzung des demokratischen Zentralismus
- Arbeit in den Gewerkschaften. Jeder Kommunist wird verpflichtet,sich gewerkschaftlich zu organisieren.
- Aufruf der Zusammenarbeit der Arbeiterklasse mit den Kleinbauern. Hier fehlten aber die genauen Anweisungen.
- Genaue Analyse der konkreten Situation und sorgfältige Vorbereitung aller Kämpfe, Engste Verbindung der Partei mit den breiten Massen des Volkes und klare Ziele, die für jeden verständlich sind.
- organisatorische Maßnahmen: Schaffung von Zehnergruppen in den Ortsgruppen und Bildung von Betriebszellen.

Der sozialdemokratische Organisationsaufbau war zu dieser Zeit auch in der VKPD noch charakteristisch.

Jörg Sandrock